

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil.  
Die Seite . . . 15 Goldpfennige  
Familienanzeigen - Goldpfennige  
b) im Reklameteil.  
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag.

Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerihtsstand für beide Teile ist Calw.



**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.  
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verantwortliche Schöpfung:  
Friedrich Hans Scheele.  
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 22 Donnerstag, den 23. Januar 1926. 100. Jahrgang.

# Die politische Aussprache im Reichstag.

## Der Kanzler verlangt ein Vertrauensvotum.

**Die Erklärung der Regierungsparteien.**  
In Berlin, 23. Jan. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung. Verbunden damit wird der deutsch-nationale Antrag über die Vorbedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Mit zur Verhandlung stehen die drei Mißtrauensnoten der Deutschnationalen, der Völkischen und der Kommunisten. Gegen die Forderungen der Völkischen ihren Antrag auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawesplan mit zur Erörterung zu stellen, wird von der Linken Einspruch erhoben.

Die allgemeine politische Aussprache wird durch eine Erklärung des Abg. Fehrenbach (Ztr.) eingeleitet, der im Namen der Regierungsparteien spricht. Er sagt, daß die in der jetzigen Reichsregierung zusammengeschlossenen Parteien der Mitte sich der Größe der Verantwortung bewußt sind, die sie mit dem Eintritt in die Regierung übernommen haben. Nach langen vergeblichen Bemühungen und nachdem es nicht gelungen war, eine Regierung, die sich auf eine Reichstagsmehrheit stützen kann, zu bilden, galt es, so führt der Redner aus, dem Reiche endlich überhaupt eine Regierung zu geben, eine Regierung, die entschlossen ist, die Geschäfte verfassungsmäßig zu führen, unbefürmert um Popularität und parteipolitische Interessen, und den Kampf gegen Volksnot und Wirtschaftskrisis aufzunehmen. (Beifall in der Mitte.) Der Redner sagt Unterstützung der Richtlinien zu, die der Reichskanzler für die Außenpolitik und die Innenpolitik entwickelt hat, für eine Außenpolitik im Geiste der Zusammenarbeit mit den anderen Mächten und für eine Innenpolitik der Fürsorge für die Wirtschaft des Landes. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen über die Herabsetzung der Belastung in der zweiten und dritten Zone recht bald zum Ziele führen mögen. Wirtschaftlich sei Deutschland angewiesen auf eine Steigerung seiner Ausfuhr, um fähig zu sein zur Leistung der ihm auferlegten Zahlungen. Die Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte des Mittelstandes sei notwendig. In dieser Richtung sei die angelegentlichste Herabsetzung der Steuerlasten zu begrüßen. Der erste Schritt müsse hier bei der Umsatzsteuer getan werden. Die von der Regierung angelegentlichsten Erleichterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik würden von den Regierungsparteien gern unterstützt werden. Die Zusammenfassung der verschiedenen Schutzbestimmungen zu einem einheitlichen Arbeiterschutzgesetz sei notwendig, ebenso die baldige Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes.

Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich in der Arbeit für das Regierungsprogramm über den Kreis der Regierungsparteien hinaus alle staatsbejahenden Elemente zusammenfinden müßten. (Beifall in der Mitte.)

**Der Sprecher der Sozialdemokratie.**  
Abgeordneter Müller-Brantzen (Soz.) bedauert, daß auch die Erklärungen des Abg. Fehrenbach keine Antwort gegeben hätte auf die vielen Fragen, die die Rede des Reichskanzlers offen gelassen habe. Wenn Dr. Luther für seine Minderheitsregierung die Unterstützung anderer Parteien suche, dann hätte er ein genaueres Programm vorzutragen müssen. Die Rechtspreße, die das neue Kabinett allgemein als Instabilität bezeichne, werde diese Bezeichnung nach der jetzigen Kanzlerrede kaum aufrecht erhalten können. Das Kanzlerprogramm sei außerordentlich inhaltslos. Das Mißtrauen der Sozialdemokratie gegen Herrn Luther sei durchaus gerechtfertigt. In der Außenpolitik sei Deutschland an die Locarnoverträge gebunden. Ein Zurück gebe es gar nicht. Der Kanzler hätte offen erklären müssen, daß der Eintritt in den Völkerbund keinen weiteren Aufschub mehr vertrage. Das sei umso notwendiger, als schon wieder Kräfte am Werk seien, die auch in dieser Frage der deutschen Politik den Ruhm der Zweideutigkeit verschaffen. Es müsse Klarheit geschaffen werden, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht an alle möglichen Bedingungen geknüpft werden dürfe.

Der Redner sagt der Regierung Unterstützung zu, wenn sie bereit sei, in der Außenpolitik entschlossen den Weg von Locarno fortzusetzen. (Hört, hört!)

Mit aller Sanftigkeit behandelt Müller dann die Frage der Fürstenausscheidung und spricht unter dem Beifall der Linken und unter dem Widerspruch der Rechten von der Expreßartikulation und einem Räuberzuge der Fürstenthümer. Der Redner fordert Zurückziehung des Schulgesetzentwurfs und schnelle Maßnahmen für Gewerkslose und Kurzarbeiter. Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius diene wenig Garantie für die Einhaltung der im Programm gezogenen Richtlinien, die die Sozialdemokratie unterstützen möchte. Der Redner schließt mit der Erklärung, die neue Regierung könne vor dem In- und Ausland nur bestehen, wenn sie Farbe bekenne. Deshalb, Herr Reichskanzler, heraus mit der Sprache.

**Deutschnationale Forderungen.**  
Abg. Graf Westarp (D.N.) lehnt die Illusionspolitik der Reichsregierung hinsichtlich des Völkerbundes ab. Die Deutschnationalen hätten nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie diese Völkerpolitik nicht mitmachen könnten. Die Regierung habe jetzt noch freie Hand und könne immer noch dem Völkerbund fernbleiben. Jedenfalls müßte vor einem Eintritt in den Völkerbund bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Das gelte besonders von der Befähigungsfrage. Alle Parteien seien darin einig, daß die bisherige Verminderung der Belastung absolut unzureichend sei. Klarheit müsse auch geschaffen werden über die Auslegung des Locarnovertrages. Im Gegensatz zu der richtigen deutschen Auslegung meint die Gegenseite noch

immer, der Pakt bedeute den Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen. Vor einem Eintritt in den Völkerbund müsse die deutsche Auslegung anerkannt werden, ferner müsse gefordert werden, eine Neuregelung des Verfahrens bei Völkerbundsexekutionen, die Zurücknahme der Kriegsschuldfrage und der kolonialen Schuldlage. Garantien für den Schutz deutscher Minderheiten im Ausland, vollständige Beseitigung der Militärkontrollen, Aufhebung der im Luftfahrwesen über Deutschland verhängten Beschränkungen. Auf der Abrüstungskonferenz sollte der deutsche Vertreter die ungerechte Ausnahmebehandlung kennzeichnen, die Deutschland durch den Versailler Vertrag zuteil werde. (Beifall rechts.)

Bei Annahme des deutschnationalen Antrags würde das Mißtrauen gegen die Regierung fortfallen! Der Redner lehnt die Politik des Außenministers Dr. Stresemann ab. Es sei überhaupt bedenklich, wenn ein Parteivorsteher zugleich Außenminister sei. Die Erfüllungspolitik, die unter dem Einfluß der Sozialdemokratie getrieben wurde, habe Deutschland immer mehr ins Elend gebracht. Der Redner kritisiert dann die Zusammenlegung des Reichskabinetts, das eine nach links eingestellte Parteiregierung sei. Herr Marx solle dafür, daß die Fäden zu den Sozialdemokraten nicht abgerissen würden. Er sei wie Dr. Kütz ein ausgeprochener Reichsbannermann. Der Redner fordert die Aufhebung des Republik-schutzgesetzes und warnt vor einer parlamentarischen Kabinetts-jurisdiktion in der Frage der Fürstenausscheidung.

Der Redner schließt mit der Erklärung, daß sein Kampf dem unheilvollen Einflusse der Sozialdemokratie in dem neuen Kabinett gälte. (Lebhafte Beifall rechts.)

**Der Kanzler greift ein.**  
Ganz unerwartet nimmt darauf sofort Reichskanzler Dr. Luther das Wort. In großer Erregung erwidert er, es treffe durchaus zu, daß noch manche Fragen offen seien. Das läge aber an der schwierigen Situation der Regierung. Wäre eine Mehrheit für die Regierung vorhanden, dann hätten viele Fragen schon programmatisch festgelegt werden können.

Jetzt handele es sich einfach darum, ob der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben wolle.

Die Regierung der Mitte habe sich zusammengefunden, weil eine Mehrheitsregierung nicht zustande kam. Inwendig müsse Deutschland schließlich doch regiert werden. (Lachen rechts.) Es sei sehr billig, hier zu lachen. Aber den Männern der Regierung sei es zum Lachen wirklich nicht zu Mute. Es handele sich um eine Zeit der ersten Not des deutschen Volkes. Man habe behauptet, es sei keine Regierung der Mitte, es sei auch keine lokale Regierung. Wie soll denn die Regierung anders aussehen? Wenn die Sozialdemokraten Klarheit verlangten, so hatten sie doch selbst die beste Gelegenheit gehabt, diese Klarheit zu schaffen, indem sie eine Regierung der Großen Koalition ermöglichten. Nachdem eine Regierung nach rechts oder links unmöglich war, habe sich diese Koalition der Mitte zusammengefunden. Der Kanzler kommt zum Schluss der Dienstag-Sitzung zu sprechen, als alle Parteien, die nicht zur Mitte gehören, dem deutschnationalen Antrag zustimmen, die Besprechung der deutschnationalen Forderungen mit der Aussprache zu verbinden. Es sei nur ein taktischer Vorgang gewesen, aber er zeige, daß die Regierung eine Mehrheit brauche. Es sei unmöglich, daß die Regierung in dieser schweren Zeit etwa die Arbeit übernehme auf der Hintertreppe abgelehnter Vertrauensnoten. Auf dieser Grundfrage, so erklärte der Reichskanzler zugleich im Namen sämtlicher Mitglieder des Kabinetts, wolle die Reichsregierung nicht arbeiten. Ich muß im Reichstag die ordnungsmäßige Stütze hinter mir haben.

Der Reichskanzler wiederholte noch einmal die Erklärung, daß das Reichskabinett auf eine positive Vertrauensumgebung nicht verzichten könne. (Lebhafte Beifall in der Mitte.) Wir wollen, so erklärt er weiter, keine Regierung, die gebildet ist, sondern eine Regierung, die vom Reichstage getragen wird. Nur auf dieser Grundlage wollen wir die Arbeit übernehmen und durchführen. (Beifall in der Mitte.)

Der Kanzler erklärte weiter, daß er auf die Einzelfragen aus dem Zettelkasten des Grafen Westarp nicht eingehen könne. (Beifall in der Mitte und links.) Selbstverständlich werde er die Richtlinien des Vertrages von Locarno einhalten. (Beifall in der Mitte und links.) Es müsse gelingen, die deutsche Stimme sobald als möglich in den Organen des Völkerbundes zur Geltung zu bringen. Es sei zu wünschen, daß Deutschland sobald als möglich keine Belange im Völkerbund vertreten kann. Wir werden deutsche Männer hinschicken, die dafür sorgen, daß im Völkerbund nichts vom Schaden des Vaterlandes geschieht. Auf Einzelfragen könne er jetzt nicht eingehen, so erklärte der Kanzler, weil sie noch im Fluße seien. Der Kanzler wandte sich dann scharf gegen die Äußerungen, die gegen Russolinie gerichtet worden waren. Innenpolitisch will Dr. Luther dahin streben, wieder das Vertrauensverhältnis des Wählers zum Abgeordneten durch eine Wahlreform herzustellen. Auf dem Gebiete der Wirtschaft müßten die Interessen zur Erholung der Wirtschaft mit denen der Notleidenden sorgfältig abgewogen werden. Ohne ein Vertrauensvotum könne die Regierung aber nicht arbeiten. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Hedert (Komm.) erhält gleich zu Beginn seiner Ausführungen einen Ordnungsruf wegen beleidigenden Äußerungen gegen die Regierung. Der Redner lehnt das Kabinett Luther ab.

## Tages-Spiegel.

Bei der gestrigen Reichstags-Aussprache erklärte Dr. Luther, er müsse für die Regierung ein Vertrauensvotum verlangen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird heute den entscheidenden Beschluß über ihre Haltung gegenüber der neuen Reichsregierung fassen.

Reichskanzler Dr. Luther wird heute mit den Führern der Wirtschaftlichen Vereinigung Besprechungen halten über deren Stellungnahme bei der Abstimmung.

Chamberlain ist gestern in Paris eingetroffen. Heute vormittag werden die beiden Außenminister ihre Besprechungen aufnehmen.

Gestern vormittag ist die Vorkonferenz zusammengesessen, um Kenntnis vom Bericht der Kontrollkommission zu nehmen.

Der württembergische Landtag genehmigte in erster und zweiter Lesung die Bürgschaft des Staates für Postkredite für die württembergische Industrie.

**Das Vertrauensvotum der Regierungsparteien.**  
Abg. Dr. Heuß (Dem.) hält die Völkerbundfrage für erledigt, da wir uns dabei einmal in einer Zwangslage befinden. Redner tritt für die unterdrückten Minderheiten in Südtirol ein und teilt dann mit, daß die Regierungsparteien folgendes Vertrauensvotum eingebracht haben:

„Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstages.“  
Der Redner bedauert die Haltung der Sozialdemokraten, die eine Große Koalition verhindert hätten. Im demokratischen Staat könne es keine Regierung geben, die mit wechselnden Mehrheiten Innen- und Außenpolitik betreiben. Alle staatsbejahenden Parteien sollten sich zusammenfinden, um die Regierung der Mitte zu stützen. Am Schlusse seiner Ausführungen wendet sich der Redner gegen die Kritik, die an die Verhandlungen zur Regierungsbildung getrieben worden ist.

**Die Opposition der Wirtschaftlichen Vereinigung.**  
Abg. H. a. p. e (Wirtsch.) hebt hervor, daß das parlamentarische System allmählich zu einer Gefahr und einer Schicksalsfrage für das deutsche Volk geworden sei. Der Sächser um die Ministerposten sei unerträglich. Der Redner kritisiert dann die Preisentwertungspolitik der Regierung, die auf dem Rücken des Mittelstandes ausgetragen werden soll. Er warnt vor verschiedenen Forderungen der Bodenreformer im Siebelswesen. Die Wirtschaftliche Vereinigung halte an ihrer sachlichen Opposition fest.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. Schluß nach 6 Uhr.

**Die Haltung der Parteien.**  
Die sozialdemokratische Entscheidung verschoben.  
In Berlin, 23. Jan. Die sozialdemokratische Fraktion hielt nach der Plenarsitzung des Reichstags am Mittwoch abend noch eine kurze Fraktionsitzung ab, in der sie lediglich einen Bericht des Fraktionsvorsitzenden über die Lage entgegennahm. Eine Aussprache knüpfte sich daran nicht. Die Entscheidung der Fraktion über die Abstimmung zur Regierungserklärung wird erst in der Fraktionsitzung fallen, die für Donnerstag vormittag angesetzt ist. Die Bayerische Volkspartei hat in ihrer Fraktionsitzung beschlossen, in der weiteren Debatte nicht mehr das Wort zu nehmen, es sei denn, daß ein besonderer Anlaß hierzu vorliege.

**Das Echo der Regierungserklärung.**  
Die Morgenblätter nehmen zu der Programmklärung des Reichskanzlers ausführlich Stellung. Die einzelnen Programmpunkte erfahren dabei je nach der Parteizugehörigkeit des Blattes eine verschiedene Beurteilung. Allgemein sind sie sich aber darüber einig, daß sich Dr. Luther sehr vorläufig ausgedrückt habe. In der Beurteilung der Zukunft des Kabinetts halten sie sich selbst nach dem Vorliegen des deutschnationalen Mißtrauensantrags sehr zurück, weil immer noch mit einem Kompromiß gerechnet wird, da eine Mehrheit des Reichstages eine Auflösung nicht wünsche. Die Germania nennt die Erklärung kurz und sachlich, offenkundig bestrebt, das Schiff vom Stapel in die Mitte des Wassers zu leiten, ohne gleich am ersten Tage links oder rechts anzuker. Die Tägliche Rundschau sagt, die Rede des Reichskanzlers sei in ihrem Aufbau und ihrem Inhalt Luthersches Eigengesetz. Das bedeute, daß sie sachlich und nüchtern sei. Das Berliner Tagblatt hält die Annahme des deutschnationalen Antrages, ihren Antrag gegen den Eintritt in den Völkerbund nicht in die allgemeine politische Debatte einzubringen, für ein Symptom für die Stimmung. Auch die Völkische Zeitung meint, Luther habe nur mit dem finanz- und wirtschaftspolitischen, sowie im sozialpolitischen Teil seiner Rede die Linie der Mitte eingehalten und hält die Schlappheit der Regierung für ein Warnungszeichen. Der Vorwärts nennt das Programm dürftig. Vor allem die Erklärung über den Völkerbund sei nicht klug genug gewesen, um der neuen Regierung in diesem Punkte die Zustimmung der Sozialdemokraten zu sichern. Der Börsenkurier meint, das neue Kabinett habe sich freudlos dem Reichstage vorgestellt. Die Erklärung sei voll gewollter Richtigkeit. Der Lokalanzeiger sagt, die Rede Luthers sei matt und nutzlos gewesen. Die Kreuzzeitung nennt sie ausweichend und nichtsagend. Die Deutsche Tageszeitung sagt, die Schwäche der Regierungserklärung sei das Abbild der Regierung selbst.

# Kleine politische Nachrichten.

**Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland.**  
In einer Konferenz der Regierungspräsidenten des Rheinlandes, an der auch Vertreter der verschiedenen Regierungsbezirke der Provinz Hessen-Nassau, des preussischen Ministeriums des Innern, des Finanzministeriums und des Reichswohlfahrtsministeriums teilnahmen, wurde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein zentralisiertes Verwaltungsverfahren einzuweisen, das den einzelnen Instanzen es möglich macht, bedeutende Notstandsarbeiten sofort in Angriff zu nehmen.

**Niederholung der britischen Flagge in Köln am 30. Januar.**  
Die englische Besatzungsbehörde hat der Stadtverwaltung amtlich mitgeteilt, daß die englische Flagge am Großen Hauptquartier am 30. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, eingezogen wird. An diesem Tage werden auch die letzten englischen Truppen Köln verlassen. Nach diesem Vorgang ist jedoch Köln und die sonstige 1. Zone noch nicht als unbesetztes Gebiet zu betrachten, so daß also die Ordonanzen der Interalliierten Rheinlandkommission noch in Kraft bleiben.

**Zusammentritt der Mandatskommission des Völkerbundes.**  
Die Mandatskommission des Völkerbundes tritt am 16. Februar in Rom zusammen. Auf der Tagesordnung steht der Bericht der französischen Regierung über Syrien und den Libanon.

**Eröffnung der Unterkommission des Völkerbundes für Binnen-schiffahrt und Eisenbahntransporte.**  
Die Unterkommission des Völkerbundes für Binnen-schiffahrt trat am Montag in Genf zusammen. Als erster Gegenstand der Tagesordnung wurde der Bericht des Amerikaners Hines über die gegenwärtige Lage der Rhein- und Donauschiffahrt behandelt. Deutschland ist durch Geheimrat Seliger vertreten. Die Unterkommission des Völkerbundes für Eisenbahntransporte trat ebenfalls am Montag in Genf zusammen. Deutschland ist durch die Sachverständigen Spieß und Niemat vertreten.

**Zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.**  
Wie die Morgenblätter melden, erfolgte am Montag der Austausch der deutschen und polnischen Zollwunschlifen. Beide Delegationen werden zunächst die ihnen überreichten Listen prüfen und dann die einzelnen Beratungen in der für die Zollfragen vorgesehenen Kommission aufnehmen.

**Ein russisches Generalkonsulat in Danzig.**  
Am 15. Februar soll die bereits seit längerer Zeit erwartete Errichtung eines Generalkonsulats der russischen Sowjetrepublik in Danzig erfolgen. Zum Generalkonsul ist der frühere Legationsrat der Sowjetvertretung in Warschau, Ulanoff, ernannt worden.

**Zur Verhaftung der deutschen Konsularagenten in Georgien.**  
Im Zusammenhang mit der Verhaftung der deutschen Konsularagenten in Georgien teilen die Blätter mit, daß der Konflikt bald erledigt sein wird. Die beschlagnahmten Papiere sind auf dem Wege nach Moskau und werden hier dem deutschen Botschafter übergeben.

**Massentodesurteile in Moskau.**  
Nach einer Radiomeldung aus Moskau wurden von 189 Offizieren der 19. Sowjetbrigade, die im September gemeuert hatten, vom Kriegsverricht 35 zum Tode und 143 zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. 16 Offiziere, darunter General Karpinsky sind schon standrechtlich erschossen worden.

**Neue englisch-russische Verhandlungen.**  
Die Sowjetregierung hat beschlossen, eine Wirtschaftskommission nach England zu entsenden, um die Verhandlungen mit der englischen Regierung wieder aufzunehmen. In dieser Kommission werden sich Vertreter von Eisen-, Kohlen-, Textil- und Eisenbauunternehmungen befinden.

**Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Italien.**  
Der Senat hat in geheimer Abstimmung mit 101 gegen 46 Stimmen das Gesetz gegen die politischen „Außen-eiter“ angenommen, das Strafmaßregeln bis zum Verlust des Heimatrechts und zur Beschlagnahme der Güter für diejenigen Klassen vorsieht die Italien im Ausland verführten oder ihm schaden.

## Um die Fürstenabfindung.

**Das Arbeitsprogramm des Rechtsausschusses.**  
In Berlin, 28. Jan. Im Rechtsausschuss des Reichstages wurden gestern die Beratungen über die Fürstenabfindung in den Ländern erledigt. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Kahl, entwickelte den Plan für die Generaldebatte dahin, daß zunächst das Sperrgesetz besprochen werden soll. Würde dieses Gesetz im Ausschuss angenommen, dann müßte es vorweg ins Plenum gehen und dort ohne Aussprache über den gesamten Komplex der Abfindung schnell erledigt werden. In der weiteren Debatte wäre

## Das Haus des Sonderlings.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.  
26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Er richtete es also so ein, daß er beim Verlassen des Gebäudes hinter ihnen gehen konnte. Aber da wandte sich eine der Damen seiner Gesellschaft mit einer Frage an ihn, und während er Antwort gab, entstand in ihrer nächsten Nähe ein Gedränge. Ein Taschendieb hatte versucht, einer Dame die Börse zu stehlen und wurde von einem der Geheimagenten des Sicherheitsdienstes verhaftet.  
Als Dr. Wasmuth wieder freien Ausblick hatte, war das junge Mädchen mit dem alten Herrn verschwunden, und er konnte sie trotz allen Suchens nicht mehr finden.  
Beide mußten den Kaisergarten unmittelbar nach dem Auftreten der Traumtänzerin verlassen haben.  
8.  
Inzwischen gingen die beiden, die der Untersuchungsrichter vergeblich im Kaisergarten suchte, stumm die Ausstellungsstraße entlang gegen den Praierstern.  
Es war Heidy Siebert, die Elsas Hempel gebeten hatte, sie in den Kaisergarten zu begleiten, weil sie Dorwestens Frau unbedingt sehen müsse, ehe sie weitere Entschlüsse fasse.  
„Nun, Sie scheinen ja ganz kleinmütig, Fräulein Heidy,“ sagte der Detektiv endlich. „Hat die belle Abisane Sie etwa so verzaubert, daß sie gar kein Wort sprechen können?“  
„Verzaubert? Nein! Ich weiß ja, was hinter dieser Maske steckt. Und doch — wenn ich es zufällig nicht wüßte, würde ich wirklich verzaubert sein und sie sehr bewundern, denn eine große, große Künstlerin ist sie auf alle Fälle!“  
„Leider! Denn wer auf der Bühne so virtuos den reinen Engel spielen kann, wird es auch im Leben verstehen. Keinesfalls darf man sich wundern, daß sie sogar einen Mann wie Dorwesten täuschte. Ich fürchte,

zunächst über den weitestgehenden kommunistischen Antrag auf entschädigungslose Enteignung, dann über den demokratischen Antrag zu beraten. Schließlich müsse die Frage geklärt werden, ob der angenommene Antrag verfassungsändernden Charakter habe. Der Ausschuss beschäftigte sich dann zunächst mit dem Sperrgesetz. Abg. Hanemann (DntL) besprach die Zuständigkeit des Reiches zu einem Eingriff in die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstenthümern.  
Der Beratung über ein Sperrgesetz lag außer einem kommunistischen Antrag ein von dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung vorgelegter Entwurf zu Grunde, in dem Folgendes vorgelesen ist: „Alle Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenthümern vor den deutschen Gerichten über die Auseinandersetzung und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksentscheid) auszusetzen.“ Ferner wurde beantragt, dieses Sperrgesetz bis zum 30. Juni 1926 zu befristet. Die Aussprache über diesen Entwurf wurde auf Donnerstag vertagt.

## Vor den Pariser Außenminister-Besprechungen.

**Ungehörte Sprache in Paris.**  
In Paris, 27. Jan. Die Pariser Presse beschäftigt sich anlässlich der bevorstehenden Begegnung Briand's und Chamberlain's erneut mit der Besatzungsfrage im Rheinland. Allgemein ist man der Auffassung, daß diese Frage den ersten Platz in den Erörterungen der beiden Außenminister einnehmen wird. Der Temps-Artikel vom Dienstagabend enthält eine besonders scharfe Ablehnung des deutschen Standpunktes. Die Forderung auf Verminderung der Stärke der Besatzung auf den Stand der deutschen Vorkriegsgarnisonen sei, so meint das Blatt, wegen der absoluten Verschiedenheit der Situationen vollkommen irreführend. Auch sei Deutschland auf seinem Boden noch nicht in die Lage versetzt gewesen, durch eine Okkupation die Aufrechterhaltung vertraglicher Garantien zu sichern. (Und weshalb denn Locarno? Die Redaktion). Von einer Herabsetzung der Besatzungstruppen, sagt der Temps, könne umso weniger die Rede sein, als nach Mitteilungen der Berliner Kontrollkommission in der Erfüllung der Abwicklungsauflagen bedauerliche und schwerwiegende Lücken beständen (1). Das Widerstreben (1) Deutschlands in lokaler Ausführung der Vertragsbestimmungen gebe Anlaß zu verstärktem Mißtrauen. Die Reichsregierung berufe sich jeden Augenblick auf den Geist von Locarno, um von Frankreich neue Konzessionen zu erpressen (1), ohne daß es ihr je eingefallen sei, das ihrige zur beschleunigten Durchführung der Verträge beizutragen. Die Politik von Locarno, die eine Politik internationaler Entspannung und Wiederannäherung der Nationen auf der Basis der bestehenden Verträge sei, dürfe auf keinen Fall Anlaß zu einer Auslegung gegen die bestehenden Verträge geben. Sie dürfe auch den Alliierten keineswegs eine Verzichtleistung sein. Darüber müsse man sich in Berlin klar sein. (1).

## Finanzdebatte in der franz. Kammer

In Paris, 27. Jan. Gestern nachmittag wurde in der Kammer die mit großer Spannung erwartete Finanzdebatte begonnen. Herrriot eröffnete die Sitzung mit einer Gedächtnisrede zu Ehren des verstorbenen Kardinals Mercier. Vor dem Eintritt in die Debatte wurde zunächst ein Vertagungsantrag der Kommunisten mit 44 gegen 36 Stimmen abgelehnt, nachdem es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Sozialisten Renaudel und dem Ministerpräsidenten Briand gekommen war. Renaudel lenkte die Aufmerksamkeit auf die Wechselsumachsteuer und verlangte, daß die Kammer unverzüglich ihre Entscheidung hierüber treffen möge. Briand griff sofort ein mit einer Erklärung, die im Hause lebhaften Beifall fand und in der er ausführte, daß, wenn die Kammer die Regierungsprojekte annehme, nach seiner und des Finanzministers Ansicht eine sofortige Besserung der Finanzlage eintreten und die Währung sich erheben werde. Zwischen ihm und dem Finanzminister bestohe volles Einverständnis. Die Kommission habe angestrengte Arbeit verrichtet, ohne daß sich die Regierung mit ihren Schlussfolgerungen einverstanden erklären könne. Die Kammer trat dann in die eigentliche Finanzdebatte ein. Als erster Redner erklärte der Abg. Grandmaison von der Rechten, daß die unterbliebenen

sie trächte es gegebenenfalls noch bei ganz anderen Leuten zuwege. Haben Sie den Herrn vor uns bemerkt, der sich, als wir das Olympion verließen, nach uns umdrehte und Sie so betroffen anstarrte — vermutlich weil er Ihre Worte über die Abisane verstanden hatte?“  
„Nein. Ich habe auf niemand geachtet. Ich war noch ganz wie benommen.“  
„Es war Dr. Wasmuth, der Ihren lieben Georg jetzt fleckförmlich als Mörder verfolgen läßt!“  
„D — der?“  
„Ja. Und die schrankenlose Bewunderung für die schöne Abisane leuchtete ihm aus den Augen. Ich wette, er denkt mit keinem Gedanken mehr an die Möglichkeit, daß sie je ein Wasserlein trübte. Die holde Unschuld hat ihn völlig verwirrt, obwohl er sonst kein Dummkopf ist.“  
„Ja, sie wird alle, alle getäuscht haben und dieselben Leute, die früher vielleicht noch auf Georgs Seite waren, weil sie ihn von einer frechen, gewissenlosen Person betrogen glaubten, werden nun sicher ihre Partei nehmen.“  
„Sie versank wieder in Schweigen.“  
„Und wie steht es nun mit Ihrem Plan?“ fragte der Detektiv nach einer Pause. „Der ist wohl ausgegeben?“  
„Nein. Wir haben ja gar keinen andern Weg mehr als sie, nachdem alle andern Spuren der Fährlichen erloschen erscheinen.“  
„Nunten Sie sich da an Verstellung und Selbstverleugnung nicht zu viel an?“  
„Ich hoffe nicht. Ein fester Wille vermag ja so viel. Ich werde immer an Georg denken — das wird mir Kraft zu allem verleihen. Und Sie?“  
„Ich warte erst die Nachrichten und Bilder ab, die ich mir aus London bestellt habe. Dann werden wir weiter sehen.“  
„Bilder der Copleys hätten Sie doch auch hier haben können. Im Apollo wurden sie doch verkauft.“  
„Die taugen nichts. Einmal beirrt schon das Ro-

Verpachtung des Tabakmonopols dem Staate vier bis fünf Milliarden Goldfranken einbringen werde. Aus dem Ausland sei sogar ein Angebot in Höhe von 19 Milliarden Papierfranken gemacht worden, wie Louchereu seinerzeit selbst zugestanden habe. Wegen dieser Bemerkung kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Redner und dem Finanzminister, der die Behauptungen des Abgeordneten bestritt.

## Der Standpunkt der französischen Regierung.

In Paris, 27. Jan. Man sieht voraus, daß sich die allgemeine Finanzdebatte in der Kammer wahrscheinlich bis Ende der Woche hinziehen wird. Die Taktik der Regierung geht dahin, das Projekt der Finanzkommission in den Mittelpunkt der Aussprache zu stellen, in der Hoffnung, daß im Verlaufe der Sonderdiskussion, die wahrscheinlich erst Anfang kommender Woche eröffnet wird, zahlreiche Stimmen das Kommissionsprojekt ablehnen.

## Beilegung

### des russisch-chinesischen Konflikts.

Moskau, 28. Jan. Das Auswärtige Amt gibt bekannt, daß der russisch-chinesische Konflikt völlig beigelegt ist, und zwar hat der diplomatische Kampf zwischen Rußland und Tschang Tso Lin mit einem völligen Sieg der Russen geendet. Der sowjetrussische Generalkonsul in Wulden, Krafowetzki, hat mit Gao, dem Außenminister Tschangs, ein Abkommen unterzeichnet, das in jedem Punkte die Forderungen Rußlands erfüllt. Tschang Tso Lin hat also 36 Stunden, ehe Tschang Tso Lin sein Ultimatum abgelaufen war, vollständig nachgegeben. Gao gab seine Zustimmung dazu, daß Tschang Tso Lin sofort die Kontrolle über die ostchinesischen Eisenbahnen entzogen wird. Ferner gestand Gao zu, daß Tschang Tso Lin's Eisenbahnwachen sofort die Eisenbahnstationen und die Straßen verlassen und daß in Zukunft die Truppen Tschang Tso Lin's nur gegen Verletzung befördert werden dürfen und daß die Kosten dieser Transporte von dem Anteil, den die Chinesen an den Einkünften der Eisenbahn haben, abgezogen würden.

Das Auswärtige Amt gibt zu verstehen, daß es auf eine peinlich genauen Befolgung dieser Abmachungen bestehen wird, sowie auf der Erfüllung der Bestimmungen betreffs Wiedereinstellung aller Sowjetangehörigen. Andere strittige Punkte werden in einer Konferenz besprochen werden, nachdem die durch den angeblichen Konflikt entstandenen Schäden festgelegt sind. Auf diese Weise ist eine friedliche Regelung des Konfliktes gesichert.

## Aus aller Welt.

### Bau einer elektrischen Schnellbahn in Berlin.

Anfang Februar sollen die ersten Arbeiten für den Bau der Berliner U.S.S.-Schnellbahn beginnen. Die ersten Mittel, ein Betrag von 2-3 Millionen Mark, konnten dem Kammerer bereitgestellt werden. Die Finanzierung des großen Projektes ist noch nicht endgültig abgeschlossen, doch hofft man, daß in den nächsten Tagen hierüber eine endgültige Entscheidung fällt. Durch den Beginn der Arbeiten dürften 3-4000 Erwerbslose Arbeitsmöglichkeit finden.

### Weiterflug des transatlantischen Fliegers.

Der spanische Flieger Franco setzte seinen Flug nach den Kapverdischen Inseln fort.

### Ein italienischer Dampfer untergegangen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der italienische Dampfer „Prinzessin Yolanda“ im Schwarzen Meere untergegangen ist. Das Schicksal der Passagiere und der Besatzung ist unbekannt.

### Kohlenstaubexplosion bei Newcastle.

In einer Kohlengrube in der Nähe von Newcastle ereignete sich eine Kohlenstaubexplosion, durch die 12 Arbeiter getötet wurden.

### Erdbeben in Australien.

Wie aus Sidney gemeldet wird, befürchtet man nach Feststellungen der Erdbebenwarte, daß die Salomon-Inseln Opfer eines Erdbebens geworden sind.

stüm, und dann versicherten mir alle, daß sie kaum darauf zu erkennen seien. Natürlich war das ja von vornherein von den Copleys beabsichtigt. Auch brauche ich ein Bild des Alten und auch Daten über ihn. Aber hier ist unser Straßenbahnwagen. Wir haben bis auf den Ring den gleichen Weg. Steigen wir also ein.“  
Im Straßenbahnwagen war es ziemlich leer. Heidy setzte sich an eins der Fenster, und Hempel neben sie. Ihnen gegenüber saß eine corpulente Frau mit einem Marktfloß auf dem Schoß.  
Als sie die eben Eingestiegenen musterte, rief sie plötzlich freudig erstaunt:  
„Ja, das ist ja unser Fräulein Heidy! Nein, wie mich das freut, daß ich Sie einmal wieder sehe!“  
„Sie sind in Wien, Frau Göbel?“ fragte Heidy gleichfalls erstaunt. „Warum suchten Sie uns denn nicht auf? Mama hätte sich sicher auch sehr gefreut, Sie nach so langer Zeit einmal wiederzusehen!“ Sie wandte sich Hempel zu.  
„Frau Göbel war nämlich, als Papa noch lebte, und wir alljährlich im Sommer nach Neu-Lengbach hinauszogen, unsere Hauswirtin dort. Sie hatte einen wundervollen Gemüsegarten und ihre Erbsen und Radieschen sind uns noch heute in schöner Erinnerung.“  
„Die können Sie jetzt wieder bei mir haben, Fräulein Heidy! Damals waren wir ja bloß einfache Bauerleute, und wenn mein Gemüse besser war als anderes so hatte dies seinen Grund nur darin, weil ich doch von Haus aus eine Gärtnerstochter bin, die sich auf derlei versteht. Aber jetzt haben wir eine wirkliche Gärtnerin mit Glashaus und Mistbeeten, da sollen Sie erst mal sehen, was wir zustande bringen!“  
„Sie haben eine Gärtnerin? Hier in Wien? Wie ist denn das gekommen?“  
„O, ganz einfach. Sie wissen ja, Fräulein, daß der ältere Bruder meines Mannes nach Amerika ging?“  
„Ich erinnere mich. Er war ein Luchsigut, nicht wahr?“  
(Fortsetzung folgt.)



**Calw.**  
**Nadelstammholz-Verkauf**

im schriftlichen Aufstreich am Donnerstag, den 11. Februar 1926, nachm. 2 Uhr im Rathaus aus den Abteilungen Welzberg, Tunnel, Fuchslach, Tälesbach (rechts der Nagold):

**St. und La. 118 Sm. I., 165 Sm. II., 100 Sm. III. und 26 Sm. IV.-VI. Kl. Sägh. 6 Sm. I.-III. Kl.**

**So. 3 Sm. II., 5 Sm. III. Kl.**

Die Gebote auf die einzelnen Lose auf der Grundlage der Landesgrundpreise für 1926 wollen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens zum Verkaufstermin bei der Stadtpflege abgegeben werden.

Losverzeichnis sind durch Herrn Förster Winterteile erhältlich.

Calw, den 27. Januar 1926.

Stadtpflege.

**Forstamt Hirsau Nadelholzfangen-Verkauf.**

Am Freitag, den 5. Febr. 1926, vormittags 10 Uhr im „Nöble“ in Hirsau aus Staatswald Ottenbronnerberg Abt. 1. Schleichdorn, 2. Erlenhölzch. 9 Schönbühl 18 Fuchsklinge. St. u. La: Bauft: 315 Ia, 449 Ib, 219 II., 15 III.; Hagit: 364 I., 717 II., 227 III.; Hopfenst.: 1982 I., 530 II., 527 III. Kl. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Jede Art von

**Möbel**

werden in nur Qualitätsware angefertigt. Spezialität: eichene Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer und komplette Kücheneinrichtungen.

**Ernst Bräuning**  
Bau- u. Möbelschreinerei  
Altburg.

**W. Forstamt Enzklösterle Nadelstammholz-Verkauf im schriftl. Aufstreich**

Am Donnerstag, den 11. Febr. 1926 nachmittags 2 1/2 Uhr nach Eintreffen des Postautos von Wildbad her im Geschäftszimmer des Forstamts aus Staatswald Rotforchen Langh. Sm: 69 I., 187 II., 296 III., 106 IV., 51 V., 9 VI. Sägh.: 10 I., 21 II., 10 III. La. u. Fi Langh. Sm: 387 I., 201 II., 101 III., 60 IV., 59 V., 17 VI. Sägh. 55 I., 29 II., 11 III. Kl. Losverzeichnis und Angebotsordrücke von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Verkaufe einen **Ruh- oder Einspannerwagen** zweimal zum Aufrichten, u. 2 **Handwägelchen.**  
Gottlob Stürner, Gchingen.

**Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw**

Am Sonntag, 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, wird Herr Gemeinderat Kramer-Stuttgart, hier, in dem Weißchen Saale, einen

**Vortrag** halten über: **Wirtschafts- u. Steuerfragen**  
Wir erwarten recht zahlreichen Besuch unserer Mitglieder von Stadt und Bezirk, und laden außerdem jedermann zur Teilnahme ein.  
Der Ausschuß.

**Inveturverkauf**

Winterware zu weit herabgesetzt. Preisen

**10%**

Rabatt gewähre ich auf sämtliche Artikel bis 5. Februar

**Fr. Wegel, Calw, Badstr.**  
Herren- und Knabenbekleidung.

**Großer Inventur-Ausverkauf**

bis 2. Febr. mit Preisermäßigungen bis zu 50%.

Auf alle nicht zurückgesetzten Waren wird ein

**10%** gewährt.

**Knabenanzüge, Gr. 1-12** . . . . . von Mk. 6.— ab  
**Burschenanzüge** . . . . . Mk. 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 55.—  
**Herrenanzüge** Mk. 30.—, 35.—, 40.—, 50.—, 60.—, 70.—, 80.—, 90.—, 100.—

**Herrenmäntel:**  
**Schwarze Neberzieher** mit Samtkragen Mk. 38.—, 52.—, 60.—, 80.—, 100.—  
**Farbige Mäntel** in Raglanform Mk. 30.—, 40.—, 60.—, 80.—  
**Farbige Mäntel** in Ulfsterform Mk. 40.—, 50.—, 60.—, 80.—, 100.—

**Farbige Schwebenmäntel**  
Mk. 45.—, 50.—, 60.—, 80.—, 100.—, 110.—, 120.—

**Knabenmäntel** in allen Größen, in Größe 1 von Mk. 10.— ab  
**Hosen:**  
**Knabenhosen** von Mk. 1.80 ab in Größe 1 in Halbtuch, Zeug, Englischleder, Blautuch

**Herrenhosen:**  
Kammgarn . . . . . Mk. 12.—, 16.—, 18.—, 21.60  
Halbtuch . . . . . Mk. 9.—, 11.—, 13.—, 16.—  
Samtkord . . . . . Mk. 11.—, 13.—, 15.—, 16.—  
Englischleder . . . . . Mk. 5.80, 7.—, 9.—, 11.—, 14.—  
Hosenzug . . . . . Mk. 5.—, 6.—, 7.—, 8.—, 9.—  
**Sporthosen** . . . . . Mk. 9.—, 10.—, 12.—, 16.—  
**Lodenjoppen, ungefütert** . . . . . Mk. 11.—, 12.—, 13.—  
**Lodenjoppen, gefütert** . . . . . Mk. 15.—, 18.—, 22.—, 26.—  
**Belserinen** . . . . . Mk. 13.—, 18.—, 20.—, 25.—  
**Lodenmäntel** . . . . . Mk. 25.—, 28.—, 32.—, 40.—, 47.—, 52.—  
**Summimäntel** . . . . . Mk. 18.—, 20.—, 22.—, 26.—, 28.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 48.—, 55.—

**Windjacken für Herren** Mk. 10.50, 12.—, 15.—, 17.—, 20.—, 23.—, 25.—  
**Windjacken für Knaben** . . . . . Mk. 8.—, 9.—, 12.—, 15.—  
**Windjacken für Damen** . . . . . Mk. 12.—, 15.—, 18.—, 20.—

**Herrenanzugstoffe**  
Halbwollen . . . . . Mk. 4.—, 6.—, 8.—  
Reinwollen . . . . . Mk. 10.—, 11.—, 13.—, 15.—  
Kammgarn . . . . . Mk. 18.—, 20.—, 23.—, 25.—

**Ein großer Vollen Rest für Anzüge ganz besonders billig.**  
**Weiße Arbeitsanzüge:** Haustuch . . . . . Mk. 7.80  
Cöper . . . . . Mk. 9.50, 10.40  
Pilot . . . . . Mk. 12.60, 14.40

**Paul Rächle, Calw.**

**Vergiss nie**  
**FEINKOST-MARGARINE**  
**Blauband**  
FRISCH GEKIRNT  
Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

**Kaffee**  
frisch gebrannt,  
**Tea, Cacao**  
offen und in praktischen Dosenpackungen empfiehlt  
**Georg Pfeiffer, Badstraße.**

**Warenhaus G. Klemm**  
jetzt obere Biergasse  
Sie finden bei uns **größte Auswahl**  
in Damenwäsche weiß und farbig, Strümpfe für Damen und Kinder, Damen- und Kinderschürzen, Tischdecken, Bett-Tücher, Zefirhemden, Einjahhemden, Socken, Taschentücher, Betten und Bett-Federn sowie sämtliche Aussteuerartikel.

**Leinmehl**  
gar. rein empfiehlt  
**Otto Jung.**

**Reichert**  
Spezialität:  
Seine Offenbacher Lederwaren.

**Reichsbund**  
der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.  
Am Sonntag, den 31. Januar 1926, nachmittags 4 Uhr, findet im Saale des „Weißchen Hofes“ ein **Bezirkstag** statt.  
**Kamerad Kaiser, Stuttgart**  
Leiter der Rechtsabteilung der Kriegsbeschädigten, spricht über: **Kriegsopfer — Reichstag und Fürstenabfindung.**  
In anbetragt dieser außerordentlich wichtigen Fragen laden wir hiezu sämtliche Mitglieder des Bezirks, als auch Nichtmitglieder, freundlichst ein. Kein Interessent sollte fehlen.  
**Die Bezirksleitung.**  
Nachmittags punkt 2.30 Uhr  
**Generalversammlung der Ortsgruppe.**  
Tagesordnung: Geschäftsbericht, Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes.  
Pünktliches Erscheinen erwartet  
der Ausschuß.

**Weltenschwann-Oberreichenbach.**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 30. Januar 1926 stattfindenden **Hochzeitsfeier** in das Gasthaus z. „Löwen“ in Oberreichenbach freundlichst einzuladen.  
**Michael Bauer**  
Sohn des Jakob Bauer, Schuhmacher, Weltenschwann  
**Kaja Weber**  
Tochter des Friedr. Weber, Holzhuauer, Oberreichenbach  
Kirchgang 12 Uhr in Altburg.  
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

**Männergesangsverein Neubulach.**  
Der Verein hält am **Sonntag, 31. Januar 1926** seine **Weihnachts-Feier** im Gasthaus z. Nöble mit reichhaltigem Programm ab.  
Anfang 5 Uhr.  
Freunde u. Gönner der Sache sind herzlich eingeladen

**Nach London**  
ins Haus des Österreichischen Gesandten wird fleißiges, charakterfestes **Küchenmädchen** ohne Vorkenntnisse, nicht unter 18 Jahren, für sofort gesucht.  
Bedingungen sind zu erfahren bei **Braun zum „Lamm“** in Altburg.

**Polster-Möbel**  
in Leder und Stoff, Divans, Chaiselongues; ferner die **3teiligen Federmatratzen** mit 180 Federn, solideste und weicheste Matratze, bei **Hans Wurster** Tapeziermeister beim Vereinshaus am Steg.

**Sohlen**  
belg. Schlag, Stute, Fuchs mit Bieg. 1 1/2-jährig, fromm, ist zu verkauf. Näheres **Pforzheim, Kappelhofstr. 4, p.**

Tagli  
Die S  
Sami  
Die S  
Für  
Gen  
E  
9  
Be  
E  
Haus  
Reichs  
den E  
schuß  
trauens  
besitzt  
Abgege  
130 Ab  
150. T  
ident g  
feien.  
Ein  
Tag lie  
Sitten  
lingen,  
zu bring  
gab sich  
Wage n  
wenn n  
gung sic  
Bereini  
daß die  
traien,  
üben. I  
den Mi  
rungs  
nichts  
Auftritt  
ungemei  
ter, ver  
auf und  
die sich  
mische  
lassen d  
tenlang  
die Auf  
daß er  
Sitzung  
erst dur  
aufgefo  
zögernd  
noch ein  
Auch der  
lich Prä  
angebra  
weil das  
nungen  
über sei  
Mittelp  
Antrag  
erklärte  
gens ent  
musste  
wurde d  
für des  
und die  
Nun  
und im  
der Mit  
bei den  
Ja-Karte  
schäftlich  
Ein Glo  
Die  
Berf  
Paris  
berlain  
Minister  
kommene  
besteht  
lands in  
der Bef  
Zeitpunkt  
rüstungs  
Augen st  
nalfsten.  
sprochen  
hätten, in  
berlain  
Geiste ar  
sagte Cha  
nach Lon  
Einverne  
Briand b  
kunft leid